

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

373

Wien, am 21. Dezember 1933.

## Budgetdebatte.

W i e n e r   G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 20. Dezember 1933.

Der Gemeinderat der Stadt Wien setzte heute die Verhandlungen über den städtischen Voranschlag für das Jahr 1934 fort. Zur Verhandlung kam das Kapitel Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung. Die Verhandlungen leitete amtsführender Stadtrat Honay mit folgendem Bericht ein:

Bei der Aufstellung des Voranschlages dieser Verwaltungsgruppe für das Jahr 1934 wurde mit der grössten Genauigkeit vorgegangen. Es mussten sehr ernste Streichungen vorgenommen werden. So die Auflassung von 35 Kindergartenabteilungen, die Einschränkung der Beratungszeiten in den Tuberkulosefürsorgestellen und die Behandlungszeiten in den Schulzahnkliniken, die Auflassung der Blutgruppenuntersuchungsstelle und der augenärztlichen Zentrale, wodurch Aerzte und Fürsorgerinnen erspart werden. Auch durch die starke Herabsetzung des Belages in der Kinderheilanstalt San Pelagio konnten Ersparnisse erzielt werden. Trotzdem zeigt der Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe eine Ausgabensteigerung gegenüber dem Jahre 1933 um 3'8 Millionen Schilling. Das Wohlfahrtsbudget für das Jahr 1934 beträgt 97'1 Millionen Schilling, das sind 31'55 Prozent des Gesamtbudgets. Darin kommt die grosse Not weiter Bevölkerungsschichten deutlich zum Ausdruck.

Wie gewissenhaft das Budget dieser Gruppe erstellt worden ist, geht daraus hervor, dass allein 79'1 Millionen Schilling von den 97'1 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfallen, ein Verhältnis, das noch nie erreicht worden ist.

An der Spitze der Ausgaben stehen auch im Jahre 1934 wieder die Erhaltungsbeiträge für die alten oder erwerbsunfähigen Menschen. Ihre Zahl steigt langsam, aber stetig. Im Jahre 1929 zahlte die Gemeinde an 39.976 Personen Erhaltungsbeiträge, im Oktober <sup>1933</sup> waren es 43.864 Personen, die Erhaltungsbeiträge von 12 bis 56 Schilling monatlich erhielten. In dem Arbeiterbezirk Favoriten hat die Gemeinde im Oktober an 4320 Personen nicht weniger als 114.671 Schilling an Erhaltungsbeiträgen ausbezahlt. In Ottakring wurden 93.564 Schilling an 3.509 Erhaltungsbeiträgeempfänger ausbezahlt. Der Gesamtaufwand für Erhaltungsbeiträge ist mit 14'5 Millionen Schilling veranschlagt, um eine halbe Million Schilling mehr als für das Jahr 1933. Im Oktober gab es in Wien 29.518 Altersfürsorgerechtere und 3.039 Hausgehilfinnen, die die staatliche Altersrente bezogen. Rechnet man dazu noch die 1099 Bürger, die von der Gemeinde einen Erhaltungsbeitrag beziehen, so kommt man auf die beachtenswerte Zahl von 77.550 Menschen, die in Wien von der Gemeinde oder vom Bund eine Rente beziehen!

Noch stärker wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Pflegebeiträge für die Kinder aus. Im Jahre 1929 hatte die Gemeinde 12.000 Pflegebeiträge zu leisten. Im Oktober 1933 wurden für 34.911 Kinder in 19.360 Familien Pflegebeiträge gezahlt. Der Geldaufwand für diesen Fürsorgezweig im Oktober war 381.299 Schilling. Dazu kommen noch 5.200 Kinder, für die die Gemeinde 181.465 Schilling zahlte, so dass die Gesamtausgabe für diese beiden Zweige der offenen Kinderfürsorge in einem einzigen Monat 562.764 Schilling beträgt! Die Gemeinde befürsorgt in Favoriten 5.168 Kinder, in Ottakring sind es 3.990. Die Pflegebeiträge in diesen beiden Bezirken erreichten im Oktober den ansehnlichen Betrag von 84.130 Schilling. Für das Jahr

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II

Wien, am.....

1934 wurden 7'5 Millionen Schilling an Pflegebeiträgen und Pflegegeldern bereitgestellt, gegenüber 1933 um eine halbe Million Schilling mehr. In Anstaltspflege stehen derzeit 2.545 Kinder. Wie stark durch die Arbeitslosigkeit der Apparat der Kinderfürsorge in Anspruch genommen wird, zeigen folgende Zahlen: Nicht weniger als 50.333 Kinder von Arbeitslosen - zum grössten Teil ohne Unterstützung - werden von der Gemeinde in irgend einer Form (Pflegebeiträge, Geldbeihilfen, Sachbeihilfen, Ausspeisung, Heimstättenpflege, Erholungsfürsorge) unterstützt. Im September hat die Gemeinde für die Kinder der Arbeitslosen nicht weniger als 545.404 Schilling ausgegeben!

Für die Jugendfürsorgeanstalten sind 3'6 Millionen veranschlagt. Die voraussichtlichen Ausgaben für die Säuglingswäsche, die nur mehr nach Prüfung der Bedürftigkeit verabfolgt wird, betragen 320.000 Schilling gegenüber 450.000 Schilling im Jahre 1932. Für die Schulausspeisung sind 1'6 Millionen Schilling eingesetzt worden. Die Aktion "Jugend in Arbeit" wird mit 200.000 Schilling subventioniert. Für die Förderung der Sporte sind 70.000 Schilling vorgesehen.

Eine starke Belastung des Budgets sind nun die Verpflegskosten in fremden Krankenhäusern geworden. Die im heurigen Sommer erfolgte Erhöhung in den Fondskrankenanstalten wirkt sich geradezu katastrophal aus. Im Jahre 1932 hat die Gemeinde 2'3 Millionen für Verpflegskosten in fremden Krankenanstalten ausgegeben. In diesen Voranschlag mussten 11'9 Millionen eingesetzt werden!

Die lange Arbeitslosigkeit wirft tausende von Arbeitern und Angestellten aus der Krankenversicherung. Sie müssen nun von den städtischen Armenärzten behandelt werden. Das ist eine schwere Aufgabe. Im Jahre 1929 machten die Wiener Armenärzte 89.578 Hausbesuche, im Jahre 1932 waren es bereits 121.589. Die Zahl der Ordinationen war 1929 nur 239.854; sie stieg 1932 auf 363.395. Hat die Gemeinde für Arzneien an Heilanstalten im Jahre 1932 rund 468.000 Schilling verausgabt, so mussten in diesen Voranschlag 540.000 Schilling eingestellt werden.

Wir haben in Wien eine weitere Abnahme der Geburten zu verzeichnen. Im Jahre 1932 wurden 15.200 Geburten gezählt. Auf 1000 Einwohner kamen 8'3 Geburten. Im Jahre 1920 waren es noch 14'9 und im Jahre 1920 gar 31'6. In den ersten neun Monaten 1933 ist ein weiterer Rückgang festzustellen. Die Zahl der Geburten betrug nur 9.455, musste aber nach dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres 11.400 betragen. Auch die Zahl der Todesfälle hat wieder abgenommen. Im Jahre 1932 starben 24.807 gegen 25.937 Personen im Jahre 1931. Auf 1000 Einwohner entfielen im Jahre 1931 noch 14'1 Todesfälle, im Jahre 1932 nur 13'6. Die häufigste Todesursache waren wieder die Herz- und Gefässerkrankungen, dann kamen Krebs und bösartige Neugebilde aller Art und erst an dritter Stelle die Tuberkulose, die früher die erste Stelle unter den Todesursachen einnahm. Die Säuglingssterblichkeit hat sich auf der gleichen Höhe gehalten wie in den Vorjahren. Im Jahre 1932 betrug sie 7'1 Prozent gegen 7 Prozent im Jahre 1931. Vor dem Krieg starben in Wien 17 Prozent und noch im Jahre 1923 12'4 Prozent aller Säuglinge. Scharlach und Diphtherie sind zurückgegangen. In den Monaten Jänner bis Oktober 1932 wurden in Wien 4.398 Scharlach und 3.212 Diphtherieerkrankungen festgestellt. Für den gleichen Zeitraum dieses Jahres sind die Zahlen 3.808 und 3.105. In den städtischen Versorgungshäusern sind rund 8.100 Personen untergebracht. Die Ausgaben sind mit 9'7 Millionen Schilling veranschlagt. Ende Oktober waren in allen Anstalten der Gemeinde 16.983 Personen untergebracht. Für die beiden Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke in Ybbs und "Am Steinhof", die 5.349 Kranke beherbergen, sind 8'7 Millionen veranschlagt. Die Kosten der eigenen Krankenanstalten werden auf 6 Millionen Schilling geschätzt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III

Wien, am.....

Amtsführender Stadtrat Honay berichtete dann noch über die Durchführung der Wiener Winterhilfe für die im Voranschlag eine Million Schilling eingesetzt sind und schloss mit einem Dank an die fünftausend Mitarbeiter am Wohlfahrtswerk der Gemeinde (Lebh. Beifall).

St. Rtin. Dr. Motzko bemerkt, dass sich, wenn man darauf Rücksicht nimmt, dass der Verpflegungskostenaufwand mit einem Betrage von rund 9 Millionen S eingesetzt werden musste, in Wirklichkeit eine Minderung der Ausgaben im Wohlfahrtsetat um rund 5'4 Millionen gegenüber 1933 und von 7'2 Millionen gegenüber 1932 ergibt. Einschränkungen in der Fürsorge sind in der heutigen Zeit notwendig, sie sollen aber dort gemacht werden, wo es sich um Entbehrliches handelt. Die offene Fürsorge verträgt keine Einsparungen. Es wird kaum möglich sein, mit dem geringeren Aufwand für die Erhaltungsbeiträge durchzukommen. Die Fürsorgeräte verdienen gewiss allen Dank insbesondere für ihre grosse Arbeit bei der Winterhilfe. Es wäre ihnen aber mehr gedient, wenn man ihnen wieder jene Agenden einräumen könnte, die sie früher gehabthaben und wenn man sie nicht so beschränken würde, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Insbesondere wäre es an der Zeit die Leiterkonferenzen abzustellen. In der Durchführung der Fürsorge scheinen immer noch Härten auf, namentlich bei Grenzfällen. Man soll hier wenigstens die Möglichkeit individueller Behandlung offen lassen. Besonders hart ist es, dass in einer Reihe von Fällen die Gewerbetreibenden, die vollkommen subsistenzlos geworden sind, sich aber zur Rücklegung des Gewerbebescheines nicht entschliessen können, die Erhaltungsbeiträge auch nicht für eine kurze Uebergangszeit zuerkannt werden. Bedauerlich ist auch die Ermässigung der Post "Sachhilfebeiträge" und die Kürzung der Ausgaben für die Wärmestuben. Auch heuer werden wieder die Wärmestuben zu spät eröffnet. Durch die Zusammenlegung der Bürgerfürsorge mit der allgemeinen Fürsorge sind die alten Bürger um das Recht gekommen, das sie sich durch eine namhafte Leistung erkaufte haben. Die Erledigung dieser Angelegenheit ist eine offene Frage und eine offene Schuld der Gemeinde gegenüber diesen alten Leuten. Der für die offene Jugendfürsorge eingesetzte Betrag ist ungenügend. ~~Man~~ vermisst auch eine entsprechende Einsicht bei der Bewilligung der Pflegebeiträge. So wurde z. B. in der letzten Sitzung des Stadtsenates der Rekurs einer dreiköpfigen Familie mit einem Monatseinkommen von 46 S abgewiesen, ebenso der Rekurs einer Familie, die 9 Personen zählt, darunter 7 Kinder, und ein Monatseinkommen von 154 S hat. Im Zusammenhang mit der wachsenden Verelendung der Wiener Bevölkerung steht das Ueberhandnehmen des Strassenbettel<sup>s</sup> mit dem sich auch die Stadt ernsthaft befassen müsste, nicht in dem sie <sup>Professoren</sup> aufstellt, sondern durch Zusammenarbeit mit den übrigen amtlichen Stellen und den Stellen der freiwillig Fürsorge. Bezüglich der Anstalten der halboffenen und geschlossenen Fürsorge verweist die Rednerin neuerlich auf das Memorandum der christlichsozialen Fürsorgeräte und ist der Meinung, dass auf diesem Gebiete noch eine Hyg<sup>ien</sup>artrophie herrscht. Sie beschwert sich über die Ausschaltung des Caritasverbandes aus der dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge gewährten Subvention von 60.000 Schilling und beantragt:

Der Wiener Gemeinderat beschliesst, der als Subvention für den Verband für freiwillige Jugendfürsorge in den Voranschlag für 1934 eingestellte Betrag von 60.000 S ist zu gleichen Teilen <sup>auf</sup> den genannten Verband und auf den Caritasverband für die Erzdiözese Wien aufzuteilen. Die <sup>Bezeichnung der</sup> bezüglichen Ausgabe post ist sinngemäss <sup>anzu</sup>ändern.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

IV

Aus den Heil - und Pflegeanstalten kommen immer wieder Beschwerden darüber, dass man die Pflöglinge an gesetzlich gebotenen Feiertagen auf offenem Feld arbeiten lässt. Das ist in Ybbs am Maria Himmelfahrtstag und am Tag der unbefleckten Empfängnis geschehen. Die katholische Bevölkerung sieht darin eine Bosheit, Sehr bedauerlich ist die Kürzung der Ausgaben für die Tuberkulosenfürsorge. <sup>Ausgaben für die</sup> ~~Die/offene~~ Tuberkulosefürsorge wurden um 10.000 S, jene für die Tuberkuloseheilstätten um rund 200.000 S gekürzt. Diese Kürzung ist ein gefährliches Symptom. Es scheint fast, als ob sich die "ehrheit mit dem Begriff des "lebensunwerten Lebens" anfreunden und diese armen Menschen ohne Pflege und Heilbehandlung lassen wollten. Die Rednerin erklärt zum Schlusse: Der in dieser Debatte wiederholt erfolgten Einladung, mit Ihnen zu gehen, können wir nicht Folge leisten; nicht nur wegen der tiefen Gegensätze in weltanschaulicher Hinsicht, aber schon gar nicht wegen Ihrer Verwaltung, in der Sie, ohne uns zu fragen, 14 Jahre willkürlich geschaltet und unsere Anträge stets nur mit Hohn abgefertigt haben (Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Hörmayer (chr. soz.) bezeichnet den Voranschlag der Gruppe III als einen Elendsvoranschlag. Die Fürsorgeräte sind zu Amtsorganen herabgesunken und es wäre wohl am besten unter diesen Umständen, die Institution der Fürsorgeräte überhaupt abzuschaffen und die Fürsorge amtswegig zu erledigen. Ersparungen werden im Fürsorgewesen wohl möglich, so z. B. an der Personalquote des Verpflegungskostenbeitrags, die in einer Reihe von Fällen höher ist als die Quote des Sachaufwandes. Auch durch die Abgabe von Kindern aus der Gemeindefürsorge in die private Fürsorge könnten wesentliche Beträge erspart werden. Soll aber ein Kind in die private Fürsorge übergeben werden, so werden die grössten Schwierigkeiten bereitet und oft muss man bei den Verwaltungsermächtigten gehen. Für Kindergärten sind erst anschnliche Beträge ausgegeben worden, jetzt wird eine Reihe von Kindergärten aufgelassen. So hat man das Geld verpulvert. Vielfach sind Erhaltungsbeiträge an ausserordentlich Bedürftige eingestellt worden. Der Redner ersucht den St. R. Honay, Kürzungen in den Erhaltungsbeiträgen zu vermeiden, verlangt mehr Rücksichtnahme auf die alten Pflöglinge in den geschlossenen Anstalten und bessere Pflege der Frädhhsanlagen (Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Papanek verweist darauf, dass auch im heurigen Jahr eine ganz bedeutende Summe, eine halbe Million Schilling, im Budget der Gemeinde für die Jugend der Stadt vorgesehen ist. Alle Fürsorge für die Jugendlichen wird aber zwecklos, wenn die Zahl der ausgesteuerten Jugendlichen von Tag zu Tag grösser wird und die Austouerungen auch im Winter nicht unterlassen werden. Bisher hat die Regierung noch nicht zugestanden, dass wie dies in früheren Jahren der Fall war, während des Winters die Bestimmungen über Aussteuerungen jugendlichen Arbeitsloser aufgehoben werden, obwohl dies gerade wegen des drückenden Winters besonders notwendig wäre. Es ist leider nicht richtig, dass, wie dies jetzt erklärt wird, die Zahl der arbeitslosen Jugend bedeutend abgenommen hat. Wohl werden bei den Arbeitslosenämtern weniger arbeitslose Jugendliche gezählt, die Zehntausend der Ausgesteuerten werden aber nicht mitgerechnet. So ist es kein Wunder, dass jetzt ein ungeheures Ansteigen von Selbstmorden, Verbrechen und Bettelgängen unter den Jugendlichen zu bemerken ist. Wie gross die Not unter den Jugendlichen ist, geht daraus hervor, dass Ende Dezember 1932 in den Heimgruppen der sozialistischen Arbeiterjugend und der katholischen Jugend 5418 Jugendliche gelegentlich der Aktionen, die die Gemeinde durchführt waren, während wir heuer in der zweiten Betriebswoche bereits über 7000 Jugen-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

v

Wien, am.....

liche inden Heimen haben, wobei mit der Aktion "Jugend am Werk" noch gar nicht begonnen wurde. Da erhebt die "Reichsposz" ein grosses Lamento über die Unterernährung der Jugend in Deutschland, bei uns tut man aber nichts für die Jugendlichen. Auch hier zeigt sich wieder, wie notwendig das Funktionieren des Nationalrates wäre, der im vorigen Jahr den Beschluss gefasst hat, dass im Winter Aussteuerungen von Jugendlichen nicht stattfinden dürfen. Wenn die Regierung mit den Aussteuerungen von Jugendlichen erreichen will, die Jugend in die Arbeitsdienstpflicht zu zwingen, so werden wir darauf ein wachsames Auge haben, dass die Jugend nicht zu Lohndruck missbrauchen lässt. Was den freiwilligen Arbeitsdienst betrifft, so müssten sich auch die Verhältnisse inden Arbeitslagern bessern. Es gibt eine Reihe von Misständen in diesen Lagern. In einem Lager sind z. B. Unterschlagungen seitens des Lagerleiters vorgekommen und um die Unterschlagungen hereinzubringen, würde am Kostrelutum gespart. Der Redner stellt schliesslich folgenden Entschliessungsantrag: Der Bürgermeister wird ersucht, auf die furchtbaren und mörderischen Folgen der Aussteuerungsbestimmungen für die arbeitslosen Jugendlichen aufmerksam zu machen. Alle Fürsorgemassnahmen der Gemeinde Wien und der Wiener Winterhilfe werden hinfällig, wenn in diesem harten Winter weiterhin Zehntausende jugendlicher Arbeiter auch noch die letzten paar Schillinge Notstandsunterstützung verlieren, die oft für sie und ihre Angehörigen das einzige Einkommen bedeuten. Der Bürgermeister wird ersucht, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, dass die Erleichterungen von den Austeuerungsbestimmungen, wie sie im vorigen Jahre vom Nationalrat für die jugendlichen Arbeitslosen beschlossen wurden auch heuer wieder in Kraft treten. (Beifall b. d. Mehrheit).

Gemeinderat Prinke (Christl. Soz.) führt aus, dass man die parteipolitische Einstellung der Rathausmehrheit auch bei den Subventionen an die Sportorganisationen beobachten könne. Alle nichtsozialistischen Sportorganisationen bekommen rund 15.000 S, während die sozialdemokratische Sportorganisation 50.000 S erhält. Sonderbar ist auch, dass, während bei den Pflege- und Unterhaltsbeiträgen gespart werde, für die Hinterbliebenen der Opfer vom 15. Juli 1927 auch heuer nahezu der gleiche Betrag <sup>nahezu</sup> 36.800 S, verausgabt wird. Die Gemeinde Wien gibt an die Jugendorganisationen Fürsorgefahrtscheine aus. Der Wiener Jugendfürsorgeverein, ein völlig unpolitischer Verein, der Jahre hindurch 7.000 Fahrtscheine erhalten hat, wurde wegen eines kleiner von einigen jungen Leuten verübten Missbrauches damit bestraft, dass er nur mehr 1.000 Fahrtscheine erhält; die übrigen 6.000 wurden auf die sozialdemokratischen Jugendorganisationen aufgeteilt. Bei der Bewilligung von Pflegebeiträgen ergeben sich vielfach Widersprüche. Die Gemeinde zahlt für einen Säugling 50 S monatlich, während eine Witwe, die für drei lungenkranke Kinder zu sorgen hat, nur 40 S erhält. Aehnlich ist es bei der Winterhilfe. Ausgesteuerte Arbeitslose oder Arbeitslose mit Notstandsunterstützung haben Anspruch auf eine Fürsorgeblatt, während Empfänger von Unterhaltsbeiträgen, wenn sie auch nur 14 oder 16 S bekommen, einen solchen Anspruch nicht haben. Die Friedhofsgebühren müssen einer den wirtschaftlichen Verhältnissen angepassten Revision unterzogen werden.

Gegenüber den Ausführungen des Gemeinderates Papanek über die Behandlung jugendlicher Arbeitsloser verweist der Redner darauf, dass die Arbeitslosenversicherung nur mit Aufbietung aller Mittel aufrecht erhalten werden kann. Wenn davon gesprochen wird, dass die Regierung für diese Jugendlichen nichts tut, so muss demgegenüber festgestellt werden, dass in Wien allein 10.000 junge Menschen im freiwilligen Arbeitsdienst

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI

Wien, am .....

untergekommen sind. Die Regierung hat dadurch gezeigt, dass sie sich ihrer Pflicht gegenüber der Jugend voll und bewusst ist. Für den sozialdemokratischen Resolutionsantrag werden die Christlichsozialen nicht stimmen, weil man mit ihm nur ein parteipolitisches Geschäft machen will. Auch der Voranschlag der in Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe wird von den Christlichsozialen abgelehnt, da die Gemeindeverwaltung auch in der Fürsorge, die doch mit der Parteipolitik nichts zu tun hat, bei ihrer parteipolitischen Haltung verharren. (Beifall b. d. Christl. Soz.)

Gemeinderat Perschl (Chr. Soz.) bemängelt den pietäts- und geschmacklosen Neubelag auf einzelnen Friedhöfen und verlangt in einem Antrag, dass in Zukunft die Mittel- und Seitengänge auf den Friedhöfen Döbling und Hernals nicht belegt werden, bzw. dass die Neubelegung dieser Gänge eingestellt wird.

St. R. Honay antwortet in seinem Schlusswort auf die Bemerkungen der Debattoredner. Er sei der Meinung, dass in dieser schweren Zeit in der offenen Fürsorge nichts erspart werden sollte. Leider werden wir infolge unserer finanziellen Beengtheit dazu gezwungen. Die Erhaltungsbeiträge steigen ununterbrochen, wenn auch in einem sehr langsamen Ausmass. Klagen über die Einschränkung der Rechte der Fürsorgeräte seien ihm nicht zugekommen. Es besteht keinerlei Vorschrift, dass Gewerbetreibende, die den Gewerbeschein nicht zurücklegen, vom Bezug des Erhaltungsbeitrages ausgeschlossen werden. Die Post "Sachhaushilfen" geht selbstverständlich nicht auf Kosten der Winterhilfe. Die Wärmestuben wurden sofort nach Einsetzen der kalten Witterung eröffnet. Aus dem Obdachlosenheim wird im Winter überhaupt niemand weggeschickt. GR. Hörmayer hat sich mit Recht darüber beschwert, dass die Erledigung der Rekurse viel zu lange dauert. Angesichts der ausserordentlich hohen Zahl der Rekurse ist es ausserordentlich schwer hier rasch Wandel zu schaffen. Immerhin versuchen wir eine Abkürzung der Fristen herbeizuführen. Von der übrigens sehr kargen Subvention für den Sport werden 30 Prozent den bürgerlichen Vereinen zugewendet, während der Bund nicht weniger als 97 Prozent den bürgerlichen Vereinen gibt (Hört Hört b. d. Mehrheit). So hat der Bund der "Askö", die 197.000 Mitglieder zählt, 2000 Schilling zugewiesen (Hört Hört b. d. Mehrheit) der katholischen Spottorganisation, die kaum 25.000 Mitglieder hat, 19.000 S. Aus der Post "Julioffer" werden nur die allerärmsten Teufel bedacht. Die Beschwerden wegen Beteilung aus der Winterhilfe werden genau geprüft werden. Bei der Aufnahme in die Winterhilfe wird keineswegs rigoros vorgegangen. Von übermässig hohen Friedhofsgebühren kann man nicht sprechen, wenn man ein Grab in der laufenden Reihe ungefähr 48 Prozent des Friedenspreises kostet. Die Klagen wegen Verschandelung der Friedhöfe durch Belegen von Wegen sind zum Teil berechtigt, wir befinden uns hier aber in der Zwangslage, Wege belegen zu müssen, wenn wir anschliessende Grundflächen überhaupt nicht oder nur zu ausserordentlich hohen Preisen bekommen können. Wir gehen aber hier mit der grössten Pädagogik vor. St. R. Honay ersucht, dem Voranschlag der Gruppe III zuzustimmen (Lobh. Beifall b. d. Mehrheit).

Die Ansätze der Gruppe III werden genehmigt, sämtlichen vorliegenden Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

.....  
Die Wiener Winterhilfe im Radio.

Morgen, Donnerstag, um 22 Uhr 15 wird der Wiener Wohlfahrtsreferent, amtsführender Stadtrat Honay im Radio Wien einen Vortrag "Aus der Werkstatt der Winterhilfe" halten.  
.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVIER FRIEDRICH

VII

Wien, am .....

Nunmehr gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen zur Verhandlung. Die Debatte leitet amtsführender Stadtrat WEBER mit folgendem Bericht ein:

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für das Bau- und Wohnungswesen hat durch viele Jahre dem Gesamtbudget das Gepräge gegeben. Das ist nun leider anders geworden. Es ist sehr arg zusammengeschrumpft und sieht an Gesamtausgaben nur 21,924.860 S vor. Davon entfallen auf die Fertigstellung der im Bau befindlichen 3.164 Wohnungen 8 Millionen Schilling, auf die Wohnhäuserverwaltung 11,133.270 S, auf den Zinsen- und Tilgungsdienst nach dem Wohnbauförderungsgesetz 2,922.840 S, auf die allgemeinen Wohnungsangelegenheiten, zu diesen gehören besonders die Mietzinszuschüsse bei Hausreparaturen, 628.250 S und für die Kleingartenförderung 5.000 S. Für den Wohnhausbau waren seit Jahren im Jahresdurchschnitt 73,2 Millionen eingestellt; im vorliegenden Voranschlag konnte für diesen Zweck leider nichts vorgesehen werden.

Ich werde auf die Konsequenzen dieser betrüblichen Tatsache noch zurückkommen.

Die Führung im Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen ist vom Wohnhausbau auf die Wohnhäuserverwaltung übergegangen. Nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Wohnungen, dies wird bis längstens August 1934 der Fall sein, wird die Gemeinde insgesamt 69.564 Wohnungen und 3.661 Geschäftslokale zu verwalten haben. Dazu gehören 33 Zentralsampfwasschanlagen mit 825 Waschtischen und 62 Badeanlagen mit 342 Wannen und 446 Brausen.

Ich kann mit Befriedigung feststellen, dass sich der Betrieb und die Verwaltung dieses gigantischen Hausbesitzes ohne nonnenwerte Schwierigkeiten abwickelt. Die Mietzinseingänge sind befriedigend. Natürlich macht sich die Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit auch bemerkbar, aber die Mietzinsrückstände sind - gemessen an dem Gesamtzins von 11,205.000 S - gering. Sie betragen am 1. Jänner 1. J. 217.828 S, das sind 1,84 Prozent.

Für Instandhaltungsarbeiten sind 2,9 Millionen Schilling vorgesehen und der Reserve für grössere Instandhaltungsarbeiten werden voraussichtlich 3,346.000 S zugeführt werden können. Für Zuschüsse zu den Mietzinsen bei Hausreparaturen, wovon dabei der Mietzins von 60 Groschen per Friedenskrone erhöht wird, sind 550.000 S vorgesehen. Seit dem Jahre 1929 - dem Bestand dieser Einrichtung - wurden für 6.368 Häuser an 54.310 Wohnparteien 3,040.252 S durch den Beirat bewilligt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII

Wien, am.....

Im Jahre 1933 hat das Wohnungsamt 3.990 Wohnungen vergeben und damit einschliesslich dem Wohnungstausches den Wohnbedarf von 7.235 Parteien mit 24.040 Köpfen befriedigt.

Da im laufenden Jahr nur 1.704 Wohnungen in Bau genommen werden konnten und im nächsten Jahr nur noch 3.164 Wohnungen zur Vergebung gelangen, musste das Wohnungsamt die Vormerkung von Wohnungssuchenden einstellen, zumal derzeit noch 7.000 Wohnungssuchende vorgemerkt sind und fast täglich durch gerichtliche Delogierungen, Baugebrechen und dergleichen ohnehin eine nicht unbeträchtliche Zahl dringender Fälle wächst. Es können leider nicht alle vorgemerkten Parteien mit der Zuteilung einer Wohnung rechnen und es wird für das Wohnungsamt keine leichte Aufgabe sein, die noch zur Verfügung stehenden Wohnungen zweckentsprechend zu vergeben. Die Sperrung der Vormerkung ist gewiss sehr bedauerlich, aber unvermeidlich.

Durch die bisherige Bautätigkeit der Gemeinde wurden die Wohnverhältnisse Wiens stark verbessert. Das zeigt die Wohndichte, die im Jahre 1914 noch 4.25 betrug und heute nur mehr 3'2 Köpfe per Wohnung beträgt. Trotz dieser sehr starken Verbesserung haben wir erst die Wohndichte erreicht, wie sie in den Grosstädten des Auslandes längst bestand.

Bis zur Vollendung der noch im Bau befindlichen Wohnungen wurden von der Gemeinde insgesamt 63.071 Wohnungen gebaut, darunter 6.572 Einfamilienhäuser, also 10 Prozent aller Wohnungen.

Durch die private Bautätigkeit wurden im gleichen Zeitraum 9.212 Wohnungen errichtet.

Wenn heute trotzdem noch eine starke Nachfrage nach Kleinwohnungen besteht, so kann man ermessen, wie gross der Mangel an billigen Kleinwohnungen in Wien war, und ich muss gleich hinzufügen, leider noch ist.

Die Tatsache, dass heute in Wien Grosswohnungen leerstehen, - an solchen gab es Wien nie einen Mangel - und dass auch Kleinwohnungen zu allerdings oft wahnwitzig hohen Ablösen und zu Goldzins angeboten werden, verleitet zur Annahme, dass der Wohnungsbau überflüssig sei, ja, dass es eine Wohnungsnot nicht mehr gäbe. Solange nicht wenigstens ein bis zwei Prozent aller Kleinwohnungen leerstehen, - wir sind davon noch weit entfernt - also kein genügendes Angebot besteht, ist die Wohnungsnot latent. Es besteht die Gefahr, dass durch die Einstellung der Bautätigkeit der Gemeinde der Preisregulator verlorengelht und infolge der grossen Nachfrage die Wohnungspreise bei Neuvermietungen rasch steigen werden. Die Gemeinde wird daher den öffentlichen Wohnungsnachweis ausgestalten, um einen möglichst breiten Ueberblick über freiwerdende Mietobjekte zu erhalten. Dies liegt sowohl im Interesse der Vermieter, als auch der Wohnungssuchenden. Durch diese Einrichtung wird den Wohnungssuchenden, die nunmehr auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen sein werden, die Wohnungssuche erleichtert. Es wird aber auch den Vermietern und den Mietern möglich gemacht, sich gegenseitig, ohne oft kostspieliger Insertionen und Vermittlungen, zu finden.

Die Einstellung der Bautätigkeit ist aber nicht nur aus diesen Gründen zu beklagen, sondern auch deshalb, weil sie von den

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX

Wien, am.....

schwersten Folgen für den Arbeitsmarkt begleitet hat. Ueber ihre geradezu verheerende Wirkung schreibt das offizielle Organ des Verbandes der Baustoffhändler in der letzten Nummer Folgendes.

" Das Wiener Baugewerbe sieht aber nicht nur dem kommenden Winter, sondern auch mit wachsender Besorgnis dem Frühjahr 1934 entgegen. Die schweren Sorgen erscheinen <sup>für das Jahr 1934</sup> nur zu begreiflich; geht doch aus dem Budget der Gemeinde Wien mit aller Deutlichkeit hervor, dass die Gemeinde Wien die Wohnbautätigkeit unter dem Drucke der Verhältnisse vollständig einstellen wird, so dass im Frühjahr 1934 keine neuen Wohnbauten mehr zur Durchführung gelangen werden.

Diese Nachricht hat in Kreisen des Wiener Baugewerbes alarmierend gewirkt. Seit der Einstellung der staatlichen Wohnbauförderung bildete die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für das Wiener Baugewerbe. Seit Jahren werden keine Industriebauten durchgeführt. Die private Bautätigkeit ist zu verschwindend gering, dass sie kaum in Frage kommt, die einzige nennenswerte Hochbautätigkeit war auf die Gemeindebauten beschränkt.

Das plötzliche Unterbleiben der Gemeindebautätigkeit ist für das Baugewerbe ein ausserordentlich schwerer Schlag, der diese einstmals so blühende Industrie in eine katastrophale Lage bringt. Man muss sich nur vor Augen halten, dass im Jahr 1932 bei den Bauten der Gemeinde Wien noch etwa 35.000 Arbeiter Beschäftigung fanden. Im laufenden Jahr sank die Zahl der bei den Gemeindebauten beschäftigten Arbeiter auf 3.000. Im kommenden Frühjahr werden überhaupt keine Bauarbeiter mehr Beschäftigung finden können. Die Einstellung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien ist für eine grosse Anzahl von Unternehmungen um so verhängnisvoller, als sich diese seit Jahren auf die Gemeindebauten umgestellt haben.

Wenn die massgebenden Stellen einen Zusammenbruch des Baugewerbes verhindern wollen, so muss man unbedingt Wege und Möglichkeiten finden, in-dem man irgendeinen Ersatz für die Bautätigkeit der Gemeinde Wien schafft. Einstweilen sind die Aussichten für das Baugewerbe ausserordentlich schlecht, es wird befürchtet, dass das Frühjahr einen Stillstand mit sich bringen wird, der in der Bauindustrie noch nie beobachtet wurde."

Die Auswirkung ist aber grösser, als sie diese Darstellung schildert. Wenn man erwägt, dass die Gemeinde mehr als 200 freischaffende Architekten, Bildhauer und Maler zur Mitarbeit heranzog und an diese Künstler allein 12 Millionen Schilling als Honorar zahlte, so ersieht man daraus, dass der Kreis der unmittelbar Betroffenen weit grösser und der Einkommenverlust für viele Tausende geradezu vernichtend ist. Die Folgen der Einstellung der Bautätigkeit greifen aber auch weit über die Grenzen Wiens hinaus und erfassen auch die Industrie, den Baustoffhandel und das Transportgewerbe in den Bundesländern; sie wird natürlich auch nicht ohne Rückwirkung auf die Steuereingänge vieler Gemeinden, Länder und auch des Bundes bleiben.

Es gibt Kreise, die sich über die Not, in die die Gemeinde geraten ist und über die erzwungene Einstellung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien unbändig freuen. Haben sie an die verheerende Wirkung auch gedacht? Ich glaube kaum!

Jeder Sozialpolitiker und jeder, der es mit dem Aufbau unserer Wirtschaft und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ernst meint, kann diese traurige Tatsache nur beklagen.

Was an uns liegt wird aufgeboten werden, um diese schwere Krise zu überwinden. (Lebhafter Beifall).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

X.

Gemeinderat Ullreich (Chr, Soz.) erklärt, das vorliegende Budget könne mit besonderer Beziehung auf die in Verhandlung stehende Verwaltungsgruppe als Abbaubudget bezeichnet werden. Von der einst so wichtigen Gruppe sind nur mehr ein paar Fertigstellungen und die Kleingartenförderung übriggeblieben, die auch nur dem Namen nach besteht. Trotzdem ist die Neuschaffung von Wohnungen notwendig, wenn wir nicht zu unhaltbaren Zuständen kommen sollen, und es ergibt sich nun die Frage, wer diese neuen Wohnungen herstellen soll. Der privaten Bautätigkeit kann man dies nicht ohne weiters zumuten, weil sie mit einer Reihe früher nicht bestandener Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Gemeinde belegt jeden unverbauten Grund mit einer Strafe in Form der Bodenwertabgabe. Wir haben eine neue Bauordnung. Die Wohnungen, die nach dieser Bauordnung geschaffen würden, wären viel zu teuer. Auf dem Gebiete der Mietzinsbildung besteht der grundsätzliche Mangel, dass in dem Lohn- und Gehaltseinkommen unserer Bevölkerung eine Quote für den Wohnungsaufwand nicht mehr enthalten ist. Da die Gemeinde Wien durch ihr Verhalten auf dem Gebiete des Wohnbaues und der Wohnungspolitik ausschlaggebend dazu beigetragen hat, dass die Verhältnisse so geworden sind, hat sie auf diesem Gebiete Pflichten, und zwar nicht der sozialdemokratischen Partei, sondern der Wiener Bevölkerung gegenüber, denen sie sich nicht entziehen kann. Der Redner erinnert an den anfangs der zwanziger Jahre gebildeten städtischen Wohn- und Siedlungsfond, der alljährlich mit einem gewissen Betrag dotiert war, um wenigstens den genossenschaftlichen Wohnbau zu fördern. Der Fond wurde aus parteipolitischen Gründen sehr bald beseitigt. Ebenso wurde sein Antrag auf Schaffung einer städtischen Wohnauf Förderung abgelehnt, durch die ~~kleine~~ billige Wohnungen hätten geschaffen werden können. Die Gemeindeforderungen beginnen immer mehr eine Verlegenheit für die sozialdemokratische Partei, aber auch für die Gemeindeverwaltung zu werden. Der Mietzinsrückstand hat am 1. Jänner 1933 217.000 S betragen, er dürfte jetzt viel grösser sein. Die Sozialdemokraten haben aus Steuergeldern Wohnungen errichtet, sie bezahlen aus Steuergeldern zum Teil den Zins und machen aus diesen zwei Titeln in der Form billiger und im Vergleich zu vielen alten Wohnungen schönere Wohnungen Geschenke fast ausschliesslich an ihre Parteigenossen, wobei es sich vielfach nicht um Bedürftige handelt. Für die Zukunft muss der städtische Wohnungsbau als Fürsorgemassnahme in allen Fällen beibehalten und weitergeführt werden, in denen die betreffenden Wohnungslosen sich nicht aus eigener Kraft helfen können.

.....

## Neuwahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters auf der Wieden.

Die Bezirksvertretung Wieden hatte wie vier andere Bezirksvertretungen einen nationalsozialistischen Bezirksvorsteher-Stellvertreter. Auf Grund des Wiener Verfassungsgesetzes, das die nationalsozialistischen Mandate für nichtig erklärt, ist diese Stelle frei geworden. In der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung wurde der christlichsoziale Bezirksrat Otto Höss zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Damit ist die Stelle des Bezirksvorsteher-Stellvertreter der christlichsozialen Partei als der zweitstärksten Partei der Bezirksvertretung zugefallen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI.

Wien, am.....

24 Quadratmeter Fläche für eine Wohnung ist wohl das Mindeste, was man bieten kann. Dabei sind die Leistungen, die dem Siedler auferlegt werden nicht gering. Wenn er die Wohnung räumen muss, verliert er alles. Endlich muss der aufreizende Unterschied zwischen den Mietern der städtischen Wohnhäuser, denen mit einer schönen Wohnung ein Geschenk gemacht wird, und den Stadtrandsiedlern, diesen allerärmsten Teufeln, beseitigt werden. Man wird sich endlich auch zu neuen Wegen in der Wohnbaupolitik entscheiden und zumindest die genossenschaftliche Bautätigkeit unterstützen müssen. Ebenso wird man Buerleichterungen gewähren müssen, die es möglich machen, Kleinwohnungen zu einem erschwinglichen Mietzins herzustellen. Eine Umkehr auf dem bisher gegangenen Weg ist dringend notwendig. (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Hörmayer bemerkt, das Wohnungsamt glaube damit alles getan zu haben, dass beim Wohnungsamt ein Zettel aufgeklebt wurde, nunmehr finden keine Vormerkungen mehr statt. Zuerst hat man Wohnungen an Protektionskinder vergeben und jetzt müssen die Bedürftigen auf Wohnungen warten (Lebh. Zwischenrufe). Da sind Mieter aus Privathäusern in städtische Wohnhäuser übernommen, ohne dass die Gemeinde die von ihnen geräumten Wohnungen für sich in Anspruch genommen hätte. Eine ganze Reihe von Häusern sind demoliert worden, so die Knaustfabrik, die Schöllermühle, ohne dass dann wieder aufgebaut wird. Diese demolierten Häuser hätten sehr wohl als Unterkunft für Obdachlose dienen können. Es ist auch ein Unfug, dass für die städtischen Wohnhausparteien eine Zeitschrift herausgegeben wird, für die aus Gemeindemitteln 20.000 S Zuschuss bezahlt werden müssen. Der Redner verlangt schliesslich, dass bei den Wohnungszuweisungen die ältest Vorgemerkten und die Bedürftigsten berücksichtigt werden (Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Perschl bemerkt, so wahr es ist, dass solange die Arbeitslosigkeit und die Krise so gross ist, eine Mietzinserhöhung nicht leicht vorgenommen werden kann, so wahr ist es auch, dass, solange die private Bautätigkeit nicht belebt wird, die Wirtschaft nicht aufleben wird. Trotz der billigen Mietzinse wird die Bevölkerung täglich ärmer. Mit den vielen und grossen Wohnhausbauten der Gemeinde hat man das Wohnungsolend nicht gemeistert. Der Finanzreferent hat in der Generaldebatte behauptet, nicht die Hausbesitzer seien vor dem Kriege die Besitzer der Häuser gewesen, sondern die Hypothekargläubiger. Diese Behauptungen treffen allgemein nicht zu und der Finanzreferent hätte auch gut getan, vor seiner eigenen Tür zu kehren. Die Gemeinde hat nach dem Prinzip "Krone ist Krone" nicht weniger als 800 Millionen Kronen Vorkriegsschulden in entwerteten Kronen zurückgezahlt. Der Finanzreferent hat auch gemeint, die Gemeinde würde, wenn ihr heute noch die Hauszinssteuer zufließen würde, auf so und so viele Gemeindesteuern verzichten können. Diese Steuer wurde durch das Mietengesetz umgebracht. Denn durch dieses Gesetz wurden alle Wiener Häuser künstlich entwertet, der Hypothekarkredit zerstört und so mancher Unternehmer und Gewerbetreibender wäre nicht unter die Räder gekommen, wenn er statt des hochverzinslichen Bankkredits einen billigen Hypothekarkredit hätte bekommen können. Man kann ruhig behaupten, dass noch nie und nirgends Bürger und Hausbesitzer so schlecht und ungerecht behandelt worden sind, wie unter der sozialdemokratischen Herrschaft. Den anständigen Hausbesitzern will man jetzt wieder mit der Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund treffen. Der Redner erklärt schliesslich, dass seine Partei gegen den Voranschlag der Gruppe IV stimmen werde (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII

Wien, am.....

St.R.Weber bemerkt in seinem Schlusswort auf die Ausführungen des GR.Ulreich, die Kritik, dass die Gemeinde ihre Wohnbautätigkeit einschränken muss, kann sich nicht gegen die Gemeinde richten, sondern gegen jene Kreise, die durch jahrelange konzentrische Angriffe die Wohnbautätigkeit der Gemeinde zu unterminieren versucht und die Angriffe auf die Kassen der Gemeinde gedeckt haben. Selbstverständlich werden wir, wenn hierzu eine Möglichkeit vorhanden ist, den Wohnhausbau sofort wieder in Angriff nehmen. Was die Mietzinse in den Neubauten anlangt, so hat es eine Zeit gegeben, in der die Mietzinse in den Gemeindehäusern beträchtlich höher waren als in den Privathäusern, sodass die Gemeinde geradezu als Zinsgier hingestellt wurde. Nach der Novellierung des Mietengesetzes sind in ein grossen Zahl von städtischen Wohnhäusern die Mietzinse niedriger geworden und die städt. Wohnhausverwaltung bemüht sich bei Neuvermietungen, den Mietzins nach dem Mietengesetz zu bemessen. Es kann aber nicht bestritten werden, dass die Wohnbautätigkeit der Gemeinde sowohl auf die Qualität wie auf den Preis der Wiener Wohnungen einen ganz entscheidenden Einfluss geübt hat. Die Förderung der genossenschaftlichen Bautätigkeit braucht von uns nicht erst verlangt zu werden. Wir haben die genossenschaftliche Bautätigkeit gefördert. Wir haben an die Genossenschaften 32 Millionen an Baudarlehen gegeben, wir haben die private Bautätigkeit auch dadurch gefördert, dass wir Einfamilienhäuser durch die Gesiba zu ausserordentlich billigem Zins und ausserordentlich günstigen Bedingungen haben errichten lassen, aber trotz dieser ausserordentlich günstigen Bedingungen war es nicht möglich, sie an den Mann zu bringen. Wir haben auch bei der Stadtrandsiedlung Leopoldau grosses Entgegenkommen gezeigt. Richtig ist, dass die verbaute Fläche 24 m<sup>2</sup> umfasst. Aber es handelt sich hier um sogenannte Kernhäuser, und wenn sich die wirtschaftliche Lage der Inhaber bessert wird, ohne besondere Kosten eine Erweiterung der Häuser möglich sein. Heute sind neue Wege in der Wohnbaupolitik der Gemeinde nicht möglich, nicht durch die Schuld der Gemeinde, sondern da jeder Schilling im Gemeindehaushalt für noch dringlichere Aufgaben als für die Wohnbautätigkeit nötig ist. Die Mietzinsrückstände sind in zehn Monaten des laufenden Jahres gemessen an der gleichen Zeit des Vorjahrs nur unwesentlich gestiegen. Natürlich ist die Wohnhausverwaltung bemüht, diese Rückstände nicht ansteigen zu lassen, wenn wir auch anders als die privaten Hausbesitzer bei Eintreibung der Zinse auf soziale Momente Rücksicht nehmen. Auf die Ausführungen des Gemeinderates Hörmayer erwidert St.R.Weber, dass Wohnungen von der Gemeinde nur dann geräumt worden sind, wenn die Gesundheits- oder Baupolizei eine Anzeige erstattet hat. Was die Demolierung der Firma Knaus betrifft, so hat die Gemeinde den Grund ausserordentlich billig erworben und hat auch Projekte für den Neubau fertiggestellt, jedoch ist ein Bau aus bekannten Gründen heute nicht möglich. Auf die Ausführungen des GR.Perschl bemerkt St.R.Weber, der Weg zurück in die Vorkriegszeit führt keineswegs, wie GR.Perschl meint, aus dem Elend heraus. Denn gerade die Verhältnisse der Vorkriegszeit haben das Wohnungs-elend gezeitigt. (Bebh. Beifall b.d. Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe IV werden genehmigt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII.

Wien, am .....

Ueber die Verwaltungsgruppe "Technische Angelegenheiten" berichtet amtsführender Stadtrat Richter, der ausführt:

Der Finanzreferent selbst hat das Budget für das Jahr 1934 ein Durchhaltebudget genannt. Aus dieser Bezeichnung kann man bei einigen guten Willen die Hoffnung heraushören, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde bessern wird und dass wieder Zeiten kommen werden, in denen die Gemeinde ihren Verpflichtungen in zureichenderem Masse gerecht werden kann, als dies in den letzten Jahren möglich war.

Für die Verwaltungsgruppe V sind die Bruttoeinnahmen mit 25.7 Millionen Schilling, um 1.4 Millionen Schilling niedriger, veranschlagt, dagegen die Bruttoausgaben um 1.1 Mill. S. höher als im Vorjahre. Niedrigere Einnahmen weisen der Fuhrwerksbetrieb, die Bäder und der Strassenbau aus, höhere Ausgaben vor allem der Wasserleitungsbetrieb und der Strassenbau.

Die Gesamteinnahmen in der Verwaltungsgruppe V betragen 25,791.820 S.- die Gesamtausgaben 46,828.910 S. die Nettoausgaben sind mit 21,037.090 S.- präliminiert. Ein Vergleich mit früheren Jahren verbietet sich von selbst, da die letzten Jahre unter dem ungeheueren Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse standen.

Zu den wichtigeren Budgetposten wäre zu bemerken:

Beim Strassenpflegebetrieb sind im Jahre 1934 für Strassenreinigung 1.100 Strassenarbeiter vorgesehen. Die maschinelle Reinigung wird durch 8 Kehrzüge, 4 Aufsammlermaschinen und 3 Kleinkehrmaschinen durchgeführt werden; für die Strassenkehrrichtabfuhr werden 12 Züge des Lastkraftwagenbetriebes und nach Bedarf Unternehmerfuhrwerk verwendet werden; die Bespritzung wird ausschliesslich durch den städt. Lastkraftwagenbetrieb mit durchschnittlich 21 Autosprengwagen pro Tag geleistet werden. Für die Hauskehrrichtabfuhr ist der Betrieb von 58 Coloniasammelzügen und 5 Kleinwagen vorgesehen.

Für die Schneepflugbespannung und Schneeabfuhr sowie Bestreuung ist im Hauptvoranschlage ein Betrag von 535.900 S.- für Unternehmerfuhrwerk, ferner 425.000 S. für Schneearbeiterlöhne vorgesehen. Für Aufstreuung zwecke bei Glatteis ist die Beschaffung von 6.000 Kubikmeter Aufstreusand mit einem Betrage von rund 84.000 S.- veranschlagt.

Die Strassenölung wird im bisherigen Ausmasse aufrechterhalten und werden mit den vorgesehenen Betrag von 1.063.000 S. rund 2,500.000 Geviertmeter Strassenfläche geölt werden.

Für das Gartenwesen sind Gesamtausgaben in der Höhe von 2,393.011 S.- vorgesehen; hievon entfallen auf Personal 1,933.651 S.- auf den Sachaufwand 459.360 S.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV

Wien, am .....

Die Gesamtfläche der öffentlichen Gartenanlagen hat sich im Laufe des Jahres 1933 von 2,646.000 Geviertmeter auf 2,664.000 Geviertmeter, also um 18.000 Geviertmeter erhöht. Zu den neuen Anlagen gehören unter anderen der 7.300 Geviertmeter grosse Kardinal Naglplatz und die Anlage vor dem Wohnhausblock am Engelsplatz.

Der verregnete Sommer des Jahres 1933 hatte für das Ergebnis der Bäder geradezu katastrophale Folgen. Die Einnahmen der Sommerbäder sind von 837.000 S.- im Jahre 1932 auf 518.800 S.- im heurigen Jahre gesunken. Im Voranschlage für das Jahr 1934 wurde wegen der bestehenden Wirtschaftskrise

bei allen Ausgabeposten grösste Sparsamkeit vorgesehen. Von den grösseren Herstellungen sind besonders erwähnenswert: Im Jörgerbad die Errichtung eines 2. Ruheraumes in der Dampfbadeabteilung für Männer. Im Theresienbad soll die Mineralwasserversorgung aus dem im heurigen Jahre wieder neuerschlossenen Brunnen auf fast alle Badeabteilungen ausgedehnt werden. In den Sommerbädern ist die Fortsetzung einer Reihe weiterer staubfreier Befestigungen von Wegen und Plätzen in Aussicht genommen. Das Schwimm - Sonnen - und Luftbad "Hohe Warte" wird durch Einbeziehung neuer Flächen eine Erweiterung der Ruheflächen sowie eine Vermehrung der Umkleegelegenheiten erfahren. Im Ottakringer Schwimm - Sonnen - und Luftbad wird die Anzahl der Kabinen vermehrt. Beim Angelbad ist die Herstellung eines eigenen Badesteges in Aussicht genommen. Zur Bequemlichkeit der Badegäste soll auch in den Sommerbädern eine Vermehrung der Sitz - und Liegegelegenheiten erfolgen.

Die städt. Dampfwascherei hat im Jahre 1933 durch Stilllegung der Wascherei des Versorgungsheimes Lainz eine ca. 60 prozentige Vergrösserung ihrer Waschleistung erreicht. Die bereits eingetretene Senkung der an sich mässigen Wäscherreinigungspreise wird im Jahre 1934 fortgeführt werden.

Die städt. Werkstätten führen nur mehr die einer Herzwerkstätte zukommenden Reparaturen an Heizanlagen in städt. Anstaltsgebäuden durch und sind mit ihrem bis aufs notwendigste Mindestmass reduzierten Personalstand derzeit ausreichend beschäftigt. Der Betrieb stellt auch aus seinem Arbeiterstand Aushilfsschulwarte und im Winter Heizer bei.

Für Strassenerhaltung und Strassenbau sind Einnahmen von 2,622.000 S.- und Ausgaben von 7,542.000 S.- vorgesehen. Die Kosten der laufenden Erhaltung halten sich in den Grenzen der Vorjahre. Bezüglich Strassenerneuerungen und Neuherstellungen werden 1,400.000 S.- für den Um - und Neubau bestimmter Objekte rund 750.000 S.- für Herstellung bei Wohnhausbauten verwendet, daher zusammen 2,150.000 S.

Zusammenfassend werden daher 1,300.000 S.- mehr für die Strassenerhaltung und Strassenbau zur Verwendung gelangen wie im Jahre 1933. Trotzdem wird weniger geleistet als im Jahre 1933, da in diesem Jahre noch ein Betrag von 3,000.000 S.- aus dem Gosibakredit zur Verfügung stand. Dieser Kredit ist erschöpft und es ist ein Betrag von 2,000.000 S.- für die Rückzahlung im Budget enthalten.

Für Brücken - und Wasserbauten sind um rund 150.000 S.- mehr eingestellt als im Jahre 1933. Dies erklärt sich daraus, dass die Brücken zum grössten Teile alt sind und immer steigende Erhaltungskosten erfordern.

In seiner Sitzung vom 24. Juli hat der Gemeinderat den Vertrag mit dem Bundesministerium für Handel und Verkehr betreffend den Umbau der Reichsbrücke genehmigt; er hat ferner dem generellen Entwurf, wonach die neue Brücke mit einer 6 spurigen ungeteilten Fahrbahn und 2 Gehwegen aus-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV

Wien, am.....

gestattet werden soll, sowie dem veranschlagten Kostenerfordernis von 26,000.000 S.- grundsätzlich zugestimmt.

Zur Erlangung von baureifen Entwürfen für diesen Brückenbau war vom Bundesministerium für Handel und Verkehr im März d.J. eine öffentliche Ausschreibung mit einem schliesslich auf den 1. August erstreckten Termin veranlasst worden. Es wurden vorgelegt: 22 Entwürfe für die Strombrücke und die Flutbrücke, 18 Entwürfe für die rechtsseitige Kai-Brücke, 12 Entwürfe für die Brücke nächst dem Hochwasserschutzdamm, 11 Entwürfe für die rechtsseitigen Rampen und Anlagen und schliesslich 1 Entwurf, der die Untertunnelung des Donaustromes vorsieht. Diese Entwürfe enthalten zahlreiche, für die Lösung der gestellten Aufgabe sehr wertvolle Gedanken. Ihre Wertung erforderte eine sehr eingehende Durcharbeitung der umfangreichen Vorlagen. Das Preisgericht, in das von der Gemeinde Stadtbaudirektor Dr. Ing. MUSIL und Obestadtbaurat Ing. Künstler entsendet worden waren, hat 9 Entwürfen Preise im Betrag von 2.500 bis 10.000 S zuerkannt.

Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen der Zeitungen - zu einer unmittelbaren Verständigung der Gemeinde hat sich das Ministerium trotz allen Urgenzen noch nicht emporgeschwungen, obwohl die Gemeinde ein Drittel der Kosten zahlt - entschloss sich das Handelsministerium, die neue Reichsbrücke als Kettenbrücke nach einem von der Brückenbauanstalt Wagner Biro A.G. ausgearbeiteten Entwurf auszuführen. Die Schifffahrtsöffnung der neuen Brücke wird 24,3 Meter betragen. Die bestehenden Strompfeiler werden entfernt. Die Brückenfahrbahn wird 16,5 Meter breit sein. Dem Fussgängerverkehr werden zwei je 3,5 Meter breite Gehwege zur Verfügung stehen. Der Bau der neuen Brücke wird voraussichtlich drei Jahre in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit wird die alte Brücke, die 27 Meter stromabwärts verschoben wird, dem Verkehr dienen. Das Kostenerfordernis wird nach den Zeitungsnachrichten auf 24 Millionen Schilling geschätzt. Die neue Brücke wird eine der grössten (weitgespanntesten) Kettenbrücken Europas sein; es ist zu erwarten, dass sie das Strombild beleben und eines der schönsten Bauwerke Wiens sein wird.

Die Einnahmen des Betriebes Wasserversorgung sind mit rund 13 Mill. Schilling veranschlagt, wovon auch die Wassergebühren 11,5 Mill. Schilling entfallen. An Betriebsausgaben sind insgesamt 13,4 Mill. Schilling vorgesehen.

Im Betrieb Kanalisationswesen soll für das Verwaltungsjahr 1934 ausser den notwendigen Instandhaltungsarbeiten der Umbau der schadenhaften Ziegelkanäle in Betonkanäle fortgesetzt werden, wodurch eine Verbesserung des Bauzustandes des Kanalnetzes, eine Eindämmung der Rattenplage, sowie eine Erleichterung der Räumungsarbeiten zu erzielen ist. Weiters sollen die Massnahmen zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen durch Einführung von Fernsprechkzellen in den Betriebsstellen zum Abschluss gebracht werden, so dass der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, die Anzeige behufs Behebung von Hauskanalgebrechen fernmündlich zu erstatten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

---

Die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung an Stelle der Gasbeleuchtung soll auch im Jahre 1934 fortgesetzt werden. Nach Durchführung der voranschlagten Arbeiten werden Strassen in der Länge von rund 925 Kilometern, das sind etwa 77 Prozent der gesamten Strassen Wiens, elektrisch beleuchtet sein. Die Gesamtlampenzahl wird dann 30.000 betragen. Die Bezirke Wieden, Margareten, Mariahilf, Neubau, Josefsstadt, Rudolfsheim sind bereits vollständig elektrisch beleuchtet.

Der Betrieb und die Beleuchtung der öffentlichen Uhren wird im gleichen Mass wie im vergangenen Jahr erfolgen.

Was die Wärmewirtschaft im Gemeindehaushalt anlangt, so wäre die Erneuerung alter, ausgedienter Heizanlagen in vielen städtischen Objekten dringend notwendig. Die zur Verfügung stehenden äusserst knappen Mittel erlauben aber eine Erneuerung nur in allerbescheidenstem Masse. Im kommenden Budgetjahr wird nur die Auswechslung von vier bis fünf Kesselanlagen möglich sein.

Wichtig ist die Sicherung des sparsamsten Brennstoffverbrauches. Die seit vielen Jahren bestehende Heizkontrolle erfüllt diese wichtige Aufgabe. Vermöge eine bewährten Organisation gelingt es mit 6 städtischen Maschinisten, also einem sehr bescheidenen Apparat, die sparsamste Verwendung der viertausend Waggons Kohle und Koks wirksam zu kontrollieren.

Bekanntlich hat die Gemeindeverwaltung schon seit langer Zeit die Verwendung österreichischer Kohle ihr Augenmerk zugewendet. Auch im kommenden Jahre werden bedeutende Mengen früher aus dem Auslande bezogener Brennstoffe durch geeignete österreichische Kohle aus verschiedenen Revieren ersetzt werden.

Die Brückenhalle in der Grossmarkthalle, die vor zwei Jahren begonnen wurde, geht ihrer Vollendung entgegen. Die Schule im 13. Bezirk soll mit Beginn des Schuljahres 1934/35 fertig werden.

Damit ist so ziemlich alles dargestellt, was in der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten geschieht. Es ist nur das Dringendste, mehr ist angesichts der knappen Mittel nicht möglich. Hoffen wir, dass bessere Zeit n kommen und ein befriedigenderer Voranschlag dem Gemeinderat unterbreitet werden kann. (Lobhafter Beifall).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII

Wien, am.....

---

Gemeinderat Schiener (Chr. Soz.) bemängelt, dass für Kirchen, Kapellen, Pfarrhöfe und Denkmäler in ganz unzureichender Weise vorgesorgt ist, ein Zeichen, dass die Sozialdemokraten allen dem katholischen Glauben dienenden Objekten kein Verständnis entgegenbringen. Er kritisiert die mangelhafte Strassenreinigung und bespricht hierauf in eingehender Weise die Entwicklung des Wiener Steuersystems mit besonderer Berücksichtigung der Realsteuern. Seit 1929 haben die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinde unter dem Druck der Verhältnisse eine Reduktion um etwa 40 Prozent erfahren, die steuerliche Belastung des Wiener Realbesitzes ist in derselben Zeit ganz beträchtlich gestiegen. Die Ueberspitzung des Steuerdruckes auf den Realbesitz nimmt allmählich groteske Formen an. Die Steuer erfasst schon zum grossen Teil fiktive Einnahmen. Dem unentwegt wachsenden Realbesitz der Gemeinde steht eine fortschreitende Entwertung des privaten Haus- und Grundbesitzes gegenüber. Eine durchgreifende Umgestaltung des Wiener Realsteuersystems ist daher im Interesse der Gesamtwirtschaft dringend notwendig. (Beifall b. d. Chr. Soz.)

Gemeinderat Hörmayer (Chr. Soz.) urgiert die Ausbesserung des Mauerwerkes der Kirche St. Leopold und beantragt die Erhöhung der für solche Zwecke eingesetzten Post von 7.000 auf 20.000 S. Er verlangt weiters eine bessere Säuberung der Strassen, die Instandsetzung der Kaimauern bei der Aspernbrücke zur Beseitigung der Rattenplage und ~~einmal~~ die beschleunigte Ersetzung der Gasbeleuchtung durch die elektrische Beleuchtung. (Beifall b. d. Chr. Soz.).

St. R. Richter teilt auf die Kritik der Wiener Schneesäuberung mit, dass bis heute etwas über 300.000 S für die Schneesäuberung ausgegeben wurden. Ein Mehr wäre kaum tragbar. Er ersucht dem Voranschlag seiner Gruppe zuzustimmen.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe V werden genehmigt, der Antrag Hörmayer abgelehnt.

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen unmittelbar anschliessend an die Landtagssitzung,

Schluss der Sitzung 21 Uhr 45.

.....